

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.  
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.  
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torquarstr. 3, entgegen.  
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpf., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpf., im Reklameteil 30 Goldpf. einchl. Umklesteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.  
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.  
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezähle.

Nr. 131.

Dienstag, den 1. November 1932.

35. Jahrg.

## Der Empfang bei Hindenburg.

Nach seiner Einigung Reich-Preußen.  
Reichspräsident von Hindenburg hat am Sonnabend in Gegenwart des Reichszanzen von Bayern den preussischen Ministerpräsidenten Braun empfangen. Der Empfang dauerte etwa eine Stunde. Amtlich wird über folgende Mitteilung ausgegeben:

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Sonnabend Reichszanzen von Bayern und den preussischen Ministerpräsidenten Braun. Die Besprechung betraf das Urteil des Staatsgerichtshofes gefällte Lage. Der Reichspräsident führte erörternd aus, daß der Streit zwischen Reich und Preußen über die Besetzung vom 20. Juli durch das Urteil des Staatsgerichtshofes erledigt sei und daß er und die Reichsregierung sich in jeder Beziehung auf den Boden des Urteils stellen. Es müsse beiderseits der letzte Versuch gemacht werden, eine praktische Zusammenarbeit zu ermöglichen, die einerseits die dem preussischen Staatsministerium zuerkannten Rechte berücksichtigt, andererseits die Befugnisse des Reichsministeriums und die Notwendigkeit einer einheitlichen Reichspolitik nahe.

Ministerpräsident Braun erwiderte, daß das preussische Kabinett sich selbstverständlich ebenfalls auf den Boden des Urteils stelle. Er gab daraufhin eine Darstellung seiner Auffassung von den Folgen, die aus dem Urteil zu ziehen seien. Das Staatsministerium müsse in die ihm zuerkannten Rechte wieder eingesetzt werden. Die Befugnisse des Reichsministeriums sollten, wenn sie überhaupt noch nötig wären, auf solche Maßnahmen beschränkt werden, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung notwendig seien. Mit den personellen Veränderungen solle aufgehört werden. Über die Vereinfachung und Zusammenfassung der Verwaltungen im Reich und in Preußen könnten alsdann Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der preussischen Regierung stattfinden.

Reichszanzen von Bayern erklärte zunächst, daß die Reichsregierung die persönliche Integrität des preussischen Ministerpräsidenten und seiner Amtsfögen nie angezweifelt habe, und daß nur staatspolitische Erwägungen zu ihren Maßnahmen geführt hätten. Er legte dann seine Auffassung der Lage dar und betonte, daß der Reichsminister sich nicht darauf beschränken könne, nur für den Schutz von Ruhe und Ordnung zu sorgen, sondern weiterhin die gesamte Exekution einschließlich in der Hand behalten müsse. Daraus ergab sich ohne weiteres die Verpflichtung, die als notwendig erkannte Reform der preussischen Verwaltung durchzuführen und damit eine höhere einheitliche Regelung dieser Frage durch die gesetzgebenden Körperschaften vorzubereiten. Personelle Veränderungen seien nur aus sachlichen Gründen vorgenommen worden. Der Reichsminister werde der preussischen Staatsregierung die Möglichkeit geben, die im personellen Rechte ausübenden, Eingriffe in die Amtsbefugnisse des Reichsministeriums aber nicht dulden.

Der preussische Ministerpräsident betonte, daß er demgegenüber auf seinem eingangs dargelegten Standpunkt verharre und insbesondere der Durchführung der Verwaltungsreform ohne Verhandlung mit der preussischen Staatsregierung widerstrebe. Eine Einigung hierüber wurde nicht erzielt.

Am Laufe der Besprechung hob der Reichspräsident hervor, daß es zur Wiederherstellung gesetzlicher Verhältnisse weiterhin notwendig sei, die staatlichen Machtmittel Preußens und des Reiches in einer Hand zu behalten und die Politik Preußens und des Reiches in einheitlicher Bahn zu führen.

Zum Schluß gab er der Hoffnung Ausdruck, daß über die Ausübung der Rechte, die der preussischen Staatsregierung nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zustünden, eine Verständigung erzielt werden müsse. Es wurde vereinbart, daß hierüber weitere Verhandlungen zwischen der preussischen Staatsregierung und dem Reichsminister aufrechterhalten werden sollten.

## Bayern an den Reichspräsidenten.

Zur Neuaufstellung Preußens.  
Amtlich wird mitgeteilt: Dem Reichspräsidenten von Hindenburg wird folgender Beschluß des bayerischen Gesamtministeriums zur Kenntnis geleitet:  
Der Ministerrat hat sich soden auf Grund der ihm zugegangenen Mitteilungen mit den Vähen der Reichsregierung wegen der Neuaufstellung Preußens

## Entscheidungen von größter Tragweite

# Die Ministerien Preußens in Händen des Reiches

In Verfolg der vom Reichsminister für Preußen in Angriff genommenen Verwaltungsreform sind jetzt die erwarteten Ernennungen von neuen Reichsministern für Preußen amtlich bekanntgegeben worden.  
Reichszanzen von Bayern hat danach in seiner Eigenschaft als Reichsminister für Preußen ernannt: zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums den Staatssekretär a. D. Professor Dr. Popitz;  
für den Geschäftsbereich des Landwirtschaftsministeriums den Reichsminister für Ernährung, Freiherrn von Braun;  
für den Geschäftsbereich des Kultusministeriums Universitätsprofessor Dr. Köhler aus Greifswald.

In der feierlichen Sitzung der übrigen preussischen Ministerien tritt keine Veränderung ein. Es bleiben also: Dr. Bracht für Inneres, Staatssekretär Dr. Köhler für Justiz und Staatssekretär Dr. Ernst für Handel (das Ministerium heißt jetzt „für Wirtschaft und Arbeit“).  
Gleichzeitig hat der Reichspräsident den Reichsminister Dr. Bracht und Staatssekretär Popitz für die Dauer ihrer Vertretung mit den Aufgaben in Preußen zu Reichsministern ohne Parteizugehörigkeit ernannt. Die Regierung Braun-Überwing tritt am Dienstag zusammen, um zu diesen Ernennungen Stellung zu nehmen.

### Reichsrat vom 10. November einberufen.

Der Reichsrat ist nunmehr zum 10. November einberufen worden. Es ist anzunehmen, daß in dieser Sitzung auch die Frage der Hoheitsrechte des preussischen Staatsministeriums Braun gefahrt werden soll.  
Die Einberufung des Reichsrats ist vom Reichsinnenminister vorgenommen worden. Die Einladungen sind

besetzt. Nach seiner Überzeugung enthalten die Klänge schwerer Eingriffe in die verfassungsmäßige Stellung aller deutschen Länder gegenüber dem Reiche und untereinander. Das Vorgehen der Reichsregierung bildet eine schwere Enttäuschung für alle, die im Vertrauen auf die Erklärungen der Reichsregierung damit gerechnet haben, daß eine Reichsreform nur auf gesetlichen Wege und nur nach Verhandlungen mit den Ländern eingeleitet werde. Der Ministerpräsident bittet daher den Herrn Reichspräsidenten, seine Entscheidung zu treffen, bevor nicht mit den übrigen Ländern verhandelt worden ist.

### Die Antwort Hindenburgs an Bayern.

Auf das Telegramm der bayerischen Regierung hat der Reichspräsident dem Reichszanzen Auftrag gegeben, der bayerischen Regierung mitzuteilen, daß ihre Beschäfte von falschen Voraussetzungen ausgingen. Die geplanten Maßnahmen der Reichsregierung hielten sich durchaus im Rahmen der Aufgaben, die durch das Urteil des Staatsgerichtshofes dem Reichsminister zugewiesen worden sind.

### Die „Zusatzstimmen“ der Wahlreform.

Keine Entschädigung der Arbeitslosen.  
Hinsichtlich der Zusatzstimmen, die der Reichsinnenminister über seine Lage in seinen Ausführungen über die Wahlreform angekündigt hat, sind Auffassungen aufgetaucht, die — wie von zukünftiger Stelle mitgeteilt wird — nicht mit den Tatsachen übereinstimmen. So ist u. a. gefragt worden, ob beabsichtigt sei, die Arbeitslosen zu entschädigen. Das Reichsinnenministerium erklärt ausdrücklich, daß von einer derartigen Möglichkeit nicht die Rede sein könne. Die Zusatzstimme, die die Familie erhalten soll, ist für denjenigen gedacht, der für die Familie zu sorgen hat. Das ist im allgemeinen der Mann. Wenn der Mann tot ist, geht diese Zusatzstimme ohne weiteres auf die Frau über. Unter Familie wird im Zusammenhang hiermit Mann und Frau und mindestens ein Kind verstanden. Wenn die Kinder heranwachsen und Selbstverdiener werden, wird trotzdem die Stimme nicht entzogen werden.

bereits in den Händen der Reichsstaatsbevollmächtigten. Auf der Tagesordnung steht eine Reihe laufender Fragen. Weitere politische Fragen sind auf ihr nicht entfallen.  
Aber nun erfolgten Einberufung des Reichsrats werden die Arbeiten der Reichsstaatsauschüsse in der nächsten Woche wieder aufgenommen werden. Anfang der Woche werden bereits die Mundfunkrichtlinien in den Ausschüssen erörtert werden.

Anträge auf eine frühere Einberufung des Reichsrats liegen zur Zeit nicht vor. Sollten in der kommenden Reichsstaatsung Auskünfte über politische Dinge verlangt werden, so werden diese Fragen, wie von zukünftiger Stelle mitgeteilt wird, vom Reichsinnenminister selbstverständlich beantwortet werden.

### Kein Disziplinarverfahren gegen Dr. Weismann.

Wie der Amtliche Preussische Professionsdienst mitteilt, sind die in der Öffentlichkeit gegen den Staatssekretär Dr. Weismann erneuert erhobenen Vorwürfe auf Anweisung der feierlichen Staatsregierung durch einen Sachverständigen des Kammergerichts in der Richtung nachgeprüft worden, ob Möglichkeit und Anlaß zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens vorliegt. Diese Nachprüfung hat ergeben, daß ein Disziplinarverfahren jedesmal deswegen nicht eingeleitet werden kann, weil sämtliche Vorwürfe sich auf Vorgänge beziehen, die in rechtsverjährter Zeit liegen.

### Bracht und Popitz vereidigt.

Der Reichspräsident hat die durch das Reichsministergesetz vorgeschriebene Vereidigung der neuernannten Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Dr. Jng. e. h. Bracht und Dr. Popitz, vorgenommen.

Der Begriff des Kriegsteilnehmers — Kriegsteilnehmer erhalten bekanntlich ebenfalls eine Zusatzstimme — wird später noch näher umrissen. Es wird aber schon jetzt ausdrücklich, daß der Begriff Kriegsteilnehmer nicht leichtlich ausgedeutet werden soll. Ein Kriegsteilnehmer, der tatsächlich Familienvater ist, soll zwar Zusatzstimmen erhalten.

### Wie die Reichspost Arbeit schafft.

Die Finanzierung der Aufträge.  
Die Anleiheverbindlichkeiten der Reichspost konnten bisher noch zu keinem Abschluß gebracht werden. Die ausländischen Geldgeber können sich so kurz vor wichtigen Wahlen zur Geldhergabe nicht entschließen. Die Verhandlungen werden weitergeführt mit dem Ziel, eine Anleihe von 60 Millionen Mark zu bekommen. Die Reichspost hat zur Aufhebung der Wirtschaft für etwas über die Hälfte dieser Summe Aufträge an Industrie und Handwerk herausgegeben. Zur vorläufigen Finanzierung dieser Teilerlöse hat die Reichspost verschiedene Maßnahmen ergriffen. Davon ist eine wichtige die Finanzierung durch die Firmen, indem die Firmen liefern, die Reichspost den Gegenwert verzinst und in etwa fünf Jahresraten tilgt. Eine ähnliche Regelung der ganzen Anleiheangelegenheit ist erst möglich, wenn die Anleihefrage entschieden sein wird.

### Trendelenburg Untergeneralsekretär des Völkerbundes.

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Dr. Trendelenburg, hat, wie amtlich aus Genf gemeldet wird, den Staatssekretär a. D. Dr. Trendelenburg zum deutschen Untergeneralsekretär des Völkerbundes ernannt. Dem neuen deutschen Untergeneralsekretär, der seinen Posten bereits in nächster Zeit antreten soll, ist die Oberleitung über die Finanz- und Wirtschaftsausschüsse des Völkerbundes übertragen worden.

## Geheimnisvolle Vorbereitung der Weltwirtschaftskongresse.

Die Sachverständigen hinter verschlossenen Türen. Der große Sachverständigenausschuß für die Vorbereitung der Weltwirtschaftskongresse ist in Genf zusammengetreten. Der Vertreter Deutschlands beantragte, öffentlich zu verhandeln. Er betonte, der Ausschuß müsse seine Arbeiten unter dem feinen Entschluß führen, der Weltwirtschaftskongresse zu positiven Ergebnissen zu verhelfen. In der gesamten Weltöffentlichkeit würde eine allgemeine Enttäuschung Platz greifen, wenn als Ergebnis der Konferenz nicht eine allgemeine wirtschaftliche Besserung eintreten würde. Der Ausschuß habe die große Aufgabe, die gesamte internationale Atmosphäre für die kommende Londoner Konferenz zu bereinigen.

Nach einer ausgedehnten Aussprache wurde jedoch beschlossen, die Verhandlungen des Ausschusses für geheim zu erklären und nur von Zeit zu Zeit die Presse zu den Verhandlungen zuzulassen.

## Gouverneur Schnee und die NSDAP.

Gouverneur J. D. Dr. Schnee, ein Mitglied der Draisenfunktion des Vaterlandes, hat seinen Austritt aus der Deutschen Volkspartei erklärt. In einem Brief an Dingeldey begründet er seinen Schritt und schreibt u. a.:

Ich weiß, daß ich die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes und zu seiner Befreiung vom Druck des Versailles Diktats für eine unbedingte Notwendigkeit halte. Hierfür ist nach meiner Ansicht die Wirtung der nationalsozialistischen Bewegung unerlässlich. Es erfüllt mich mit großer Sorge, daß die innersozialistische Bewegung an der Veramtung, als ob auch die innersozialistischen Sandlungen der Reichsregierung nur von einem verhältnismäßig kleinen Teil des deutschen Volkes getragen werden. Ich habe während meiner Reise nach und in dem Fernen Osten von Persönlichkeiten verschiedener Nationalität solche Anschauungen hören müssen. Die Möglichkeit zu einem erfolgreichen Wirken mit dem Ziele der Befreiung unseres Volkes kann sich nur in einer bewußten Zusammenarbeit aller derjenigen Kräfte erblicken, die sich in Aufhebung gegen das Versailles Diktat im Laufe der letzten Jahre zusammengeschlossen haben.

## Politischer Boykott unzulässig.

Das Landgericht I in Berlin hat in einer Urteilsurkunde eine Entscheidung gefällt, die ganz allgemein für die Geltung und Anwendung der Bestimmungen über einen politischen Boykott von außen von großer Bedeutung ist. Wie bekannt, hat das Blatt der Berliner Nationalsozialisten, Der Angriff, in einem Parteibefehl alle Parteigenossen das Lesen der bürgerlich-nationalen Blätter untersagt und gleichzeitig aufgefordert, überall auch auf andere einzuwirken, daß sie diese Blätter meiden. Auf diese Veröffentlichung hin hat der Sozial-Verein in Berlin und mit ihm auch der Verein deutscher Zeitungsverleger bei Gericht den Antrag gestellt, durch eine einstweilige Verfügung den Angriff in die Anwendung derartiger gegen die guten Sitten verstoßender Kampfmittel zu untersagen. Das ist dann auch geschehen. Das Gericht hat dem Angriff mit einer Strafe von 300 000 Mark geurteilt, daß er nicht durch die Veröffentlichung solcher Artikel, die politische Gegner attackieren, die gegen die guten Sitten verstoßen, die aber nur das Landgericht I abgeurteilt hat. In dem Urteil heißt es:

Bei Vermeidung der angeordneten Strafe wird dem Angriff untersagt, Erklärungen — insbesondere in beleidigender oder die deutsche Stimmung der Antragstellerin bezweifelnden Form — zu veröffentlichen mit der Wirkung, auf diesem Wege die politische Gegner zu attackieren, die im öffentlichen Druck auszuüben, oder auf die Leser und Parteigenossen einen Druck auszuüben, damit sie die Zeitungen und die Zeitschriften der Antragstellerin meiden. Die Leser des Angriff dürfen auch nicht aufgefordert werden, andere Personen zum Boykott zu veranlassen.

Bei der Begründung heißt es: Bei dem Angriff und Parteibefehl handelt es sich um einen politischen und wirtschaftlichen Boykott. Politischer Boykott sei grundsätzlich unzulässig, ein wirtschaftlicher Boykott dann, wenn er mit unzulässigen Mitteln oder zu einem unzulässigen Zwecke geführt werde. Der Angriff habe verübt, in unerlaubter Weise auf die politische Haltung der Zeitungen der Antragstellerin einzuwirken; er habe sich auch die politische Gegner attackiert, für Konturen zu verdeutlichen gemacht; alles dies habe er zum Ziel in beleidigender, vernichtender und die national-deutsche Stimmung des Gegners anzuweckelnder Form getan. Die Kosten des Prozesses trägt der Angriff.

## Eine Gemeindevahl vor der Reichstagswahl

In Weimar (Landkreis Kassel) wurden die Gemeindevahl durchgeföhrt, für die nur die Sozialdemokraten, die Nationalsozialisten und die Kommunisten zugelassen hatten. Die Bürgerlichen hatten diesmal eine eigene Liste verabschiedet. Von den insgesamt 93 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf die Nationalsozialisten 45 (6 Sitze), Sozialdemokraten 21 (2 Sitze) und Kommunisten 29 (4 Sitze). Fünf Stimmen waren ungültig. Der Vergleich des Wahlergebnisses mit dem Ergebnis der letzten Reichstagswahl ergibt, daß die nationalsozialistische Liste einen Stimmenverlust von 25 und die Kommunisten einen solchen von 3 zu verzeichnen haben, während die Sozialdemokraten einen Verlust von 32 Stimmen aufweisen.

## Frankreichs Abrüstungsvorschlag

Der Abschluß der außenpolitischen Aussprache der französischen Kammer, in der Ministerpräsident Herriot den neuen Abrüstungsplan Frankreichs vorlegte, gestaltete sich zu einem vollen Erfolg für die Regierung. Ihr wurde mit 480 gegen 20 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

### Der französische Vorschlag

für die Genfer Konferenz, dem die Kammer damit ihre Zustimmung gab, hat folgenden Wortlaut:

Frankreich würde zu einem noch schufelgehenden Zeitpunkt die Verallgemeinerung und die Herabsetzung der Militärdienstpflicht für alle Landstreitkräfte in Europa unter folgenden Bedingungen annehmen:

1. Jede Formation, die dieser Organisation der Armeen nicht entspricht, wie die Wehrmacht, wird aufgelöst; die innere Polizei „reglementiert“.

2. Die internationale Kontrolle wird organisiert; sie schließt obligatorisch das Untersuchungsrecht ein.

3. Um den Vertrag von Locarno zu ergänzen, soll ein Pakt auf gegenseitige Unterstützung abgeschlossen werden, an dem sich jede europäische Nation beteiligen kann. Die Gesamtmacht der Mächte dieses Paktes würde genügen, jeden Angriff abzuschlagen. Diese (internationalen) Streitkräfte müssen eine feste Staffel nationaler Kontingente umfassen, die genau auszuführen und daher sofort verfügbar sind, und die über ein ausreichendes Kriegsmaterial verfügen.

4. Die Vereinigten Staaten müssen die Sicherheitsgarantien zugehen, die sie für sich selbst in Anspruch nehmen.

5. Die Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes sind, müssen sich verpflichten, alle Verbindlichkeiten, die sich aus Artikel 16 des Paktes ergeben.

6. Das Kriegsrecht muß obligatorisch für alle Staaten sein, die dem Pakt beitreten.

## Der deutsche Standpunkt.

Zu der Erklärung Herriots erklärt man an Berliner zuständiger Stelle, man könne sich noch kein abschließendes Bild über die Erklärungen machen. Man könne aber schon jetzt sagen, daß die Rede Herriots insofern sehr interessant sei, als der französische Ministerpräsident zum erstenmal den Standpunkt verläßt, daß der

### Verfaller Vertrag ein „Rühmlichstun“

bedeute. Es sei falsch, wenn Herriot das deutsche Gleichberechtigungswort mit einer Forderung auf Abrüstung identifiziere. Was von Deutschland unter keinen Umständen angenommen werden könne, sei, daß nach zweierlei Maß gemessen werde. Darüber vermisse man noch eindeutige klare Ausführungen Herriots. Wenn Frankreich in Genf die Aussprache mit Deutschland nicht ausweichen würde, hätte man damals schon die ganze Angelegenheit klären können. Für Deutschland sei

## Das verschollene deutsche Postflugzeug.

### In Kanal verschwunden?

Das deutsche Postflugzeug „D. 2017“, das die Strecke London-Köln besaß, ist seit Sonnabend abend verschollen. Montag waren keine Nachrichten über den Verbleib des Flugzeuges beim englischen Luftministerium eingetroffen. Das Luftministerium erklärte, daß das Flugzeug wahrscheinlich im Kanal verschwunden sei. In einem Schreiben, wie er in der Nacht zum Sonntag im Kanal gewirkt habe, habe sein Flugzeug sich lange über Wasser halten können. Die Suche nach dem verschollenen Flugzeug war während des ganzen Sonntags fortgesetzt worden, aber sie blieb vergeblich.

### Sturmschäden in Frankreich.

In der französischen Nord- und Westküste hat ein starker Sturm in den letzten Tagen großen Schaden angerichtet. Aus Le Havre, St. Malo, Cherbourg, Trouville und La Rochelle werden große Sturmschäden gemeldet. Eine Reihe von Fischdampfern, die sich auf See befanden, lief mit schweren Beschädigungen in die Häfen ein. Die neuen Deicharbeiten in Le Havre sind durch die hohe Brandung völlig zerstört worden. Auch aus dem inneren Frankreich wurde schwerer Sturm gemeldet. In den bergigen Gegenden, den Vogezen und den Nordalpen, sanken die Temperaturen unter Null. Verschneidert wurden Schneefälle gemeldet.

## Schwere Zusammenstöße in Hamburg.

Nationalsozialisten von Kommunisten und Reichsbannerleuten überfallen.

Am Laufe des Sonntags ist es in Hamburg wieder zu sehr schweren Zusammenstößen gekommen, in deren Verlauf auf mehrere Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Die schwersten Zusammenstöße spielten sich in den Stadtteilen Hammerbrook und Warmbe ab. In fast allen Fällen entwickelten sich die Zusammenstöße aus Streitigkeiten mit nationalsozialistischen Werbeformationen, die von Kommunisten und Reichsbannerleuten überfallen wurden.

Die Polizei erschien überall mit großem Aufgebot, jedoch verstanden bei ihrem Eintreffen die Täter sofort auf den Straßen. Sogar die Verletzten wurden in den meisten Fällen mitgenommen. Auf nationalsozialistischer Seite werden

zwei SA-Leute mit schweren Rückenverletzungen, ein SS-Mann mit einer schweren Beinverletzung und ein weiterer SA-Mann mit Kopfverletzungen gemeldet, ferner dreißig Verletzte. Das Reichsbanner meldet einen Schwerverletzten und einen Verwundeten. Bei einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten an der Landsberger Seite wurde der 43-jährige Heinrich Schwarz, der Mitglied der KPD ist, durch Bauchschuß verletzt. Einschreitende Polizeibeamte wurden

allein nachgeben, daß alle Abrüstungsmaßnahmen für alle Staaten gleichmäßig gelten müssen.

Die Gleichberechtigungsbereitstellung müsse die Sicherheit dafür bieten, daß alle politischen Fragen gerecht und unparteiisch behandelt würden. Zusammenfassend könne man sagen, so unbestimmt die Vorschläge Herriots seien, so sei doch festzustellen, daß die Forderung anderer Staaten diesmal in höherem Maße gewährt würden als bisher.

Eine Erörterung der französischen Vorschläge sei immerhin möglich, Vorbedingung sei selbstverständlich, daß die Gleichberechtigung aller Staaten, also auch die deutsche Gleichberechtigung, gewährleistet sei.

### Eine Sonderkennung des englischen Kabinetts.

Das englische Kabinet behandelte auf einer Sonderkennung die Abrüstungsfrage. Es bestand unter den Regierungsmitgliedern Übereinstimmung darin, daß die Mitarbeit Deutschlands an der Fertigstellung eines Abrüstungsvertrages in Genf dringend erwünscht sei. Es wurde im Verlauf der Beratungen erwogen, ob durch eine „Erklärung“, in der der Wille der Mächte zu ernsthafter Abrüstung zum Ausdruck kommt, eine Heranziehung Deutschlands erreicht werden kann. Wo aber bleibt die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung, die uns allein veranlassen dürfte, wieder nach Genf zu gehen?

## Politische Tabakspfeifen.

### Herriot macht sich in Spanien beliebt.

Die Madrider Reife Herriots gestattete sich von der französisch-spanischen Grenze ab zu einem wahren Triumphzug. Als der Zubeperger auf der spanischen Grenzstation Juan Valmadrid, wurde Herriot von einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge mit dem Ruf „Es lebe Herriot!“ empfangen. Das Bahnhofsgebäude und der Zug waren mit den französischen und spanischen Fahnen geschmückt. Der französische Arbeitsminister, der französische Posthalter in Madrid und der spanische Posthalter in Paris waren dem Ministerpräsidenten von Madrid entgegengefahren. Herriot verteilte unter die anwesende Bevölkerung Tabakspfeifen. Spanische Frauen überreichten Blumen, und nach einem kurzen Aufenthalt setzte sich der Zug unter dem Jubel der Bevölkerung wieder in Bewegung.

In Madrid überreichte Herriot dem spanischen Staatspräsidenten das Großkreuz der Ehrenlegion.

## Kühler Empfang Herriots in Madrid.

Dem französischen Ministerpräsidenten Herriot wurde in Madrid ein kühler Empfang zuteil. Studenten und andere junge Leute zogen durch die Straßen mit den Rufen: „Tod für Herriot! Nieder mit Frankreich! Nieder mit dem Imperialismus! Wir wollen keine Armeen!“ Polizeistabteilungen in Kraftwagen mußten die Straßen säubern.

gleichfalls beschossen, mit Steinen beworfen und so hart bedrängt, daß sie auch ihrerseits von der Schutzpolizei Gebrauch machen mußten. Dadurch wurde der 27jährige Bruno Bornhoff, der Angehörige der KPD, sein soll, als er einen Stein auf die Beamten werfen wollte, durch einen Schußtötung verletzt.

Ein des Weges kommender Marineoffizier wurde von Reichsbannerleuten niedergeschlagen und durch Fußritte in die Rippen so schwer verletzt, daß er sofort in das Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

## Kilometerstein 23,9 — eine Gefahr für Autos.

### Erdbebenungen sollen schuld sein.

Ein mit sechs Personen besetztes Auto eines Gesehmes der Fischdörfer, das aus Besermond kam, fuhr bei Kilometerstein 24,6 in der Gefahrenzone des bezeichneten Kilometersteins 23,9, gegen einen Baum. Das Auto wurde schwer beschädigt, zwei Insassen wurden verletzt. Der verunglückte Wagen mußte abgeschleppt werden. Die Geschwindigkeit des Wagens betrug auf der als Gefahrenzone bezeichnten Strecke nur 40 Stundenkilometer.

Man beginnt in letzter Zeit auf Grund der mehr als 50 Unfälle, die sich bei Kilometerstein 23,9 ereignet haben, und auf Grund von Versuchen des Röntgenorgans Wehrs aus Leipzig, sich mit Behauptungen zu befassen, die die Unfallsfälle auf intensive Erdbebenungen zurückzuführen wollen. Wissenschaftlich ist das allerdings bisher noch nicht bewiesen.

## Überfall auf einen Geldtransport.

### Ein Loter, ein Schwerverletzter.

In Erfurt wurden am Montagvormittag zwei Boten der Deutschen Post, die von der Reichsbank Geld gebracht hatten, bei ihrer Rückkehr von der Reichsbank vor dem Gebäude der Deutschen Post überfallen. Aus einem Verlorenenut Sprangen drei Männer mit schiffgezierter Pistolen in der Hand auf die beiden Postboten zu und erschossen sofort das Feuer. Ein Postbote brach tot zusammen, der andere wurde durch einen Bauchschuß schwer verletzt. Die Kiste mit dem Gelde fiel dabei auf die Straße. Als die Räuber die Geldkiste ergreifen wollten, kam im Laufschritt ein in der Nähe angestellter Polizeiposten, der die Schiffe geführt hatte, heran. Die Räuber flüchteten darauf in ihrem Auto und ließen das Gelde im Stich. Der Polizeibeamte zog die Pistole und jagte

fischen Schuß in das Auto der Räuber hinein, wobei einer von diesen verletzt wurde. Schnell entschlossen schwang sich der Beamte auf ein Motorrad und nahm die Verfolgung auf. Da jedoch der starke Baueen dem durch einen Beinwagen behinderten Motorrad

überlegen war, mußte der Polizeibeamte schließlich von einer Verhaftung absehen. Der Polizeibeamte konnte nur den Erfolg für sich buchen, daß er die Abzeichen des Wagens und seine Nummer feststellen konnte. Es handelt sich um ein Hamburger Auto.

Nach privaten Meldungen sollte die Kiste mit dem Gelde — schätzungsweise 50 000 Mark — von den Räubern mitgenommen worden sein. Das trifft aber, wie sich aus dem Polizeibericht ergibt, nicht zu.

### Noch ein Raubüberfall.

Über ein zweites ungewöhnlich freches Raubüberfall wird aus München berichtet. Zwei Klassenbuben des Stadtkollegiums München wurden vor einem Wollfabrikanten von zwei Männern überfallen. Ein Vote wurde nieder geschlagen. Die Raubfäden tauchten von dem Raubfäden 10 000 Mark. Das Geld war in zwölf Beuteln verpackt; darunter befanden sich zwei Säcke mit je 1500 Mark in Dreimarkefäden. Der Rest des Geldes war ebenfalls Silbergeld, so daß der Raubfäden ein Gewicht von einem Kilogramm hatte. Die Täter verließen auch dem zweiten Klassenbuben den Raubfäden. Der Raub mußte infolge aber inoffizielles Widerstandes des Voten. Verübende Raubfäden wurden von den Räubern mit der Pistole in Schach gehalten. Die Räuber fuhren mit einem vorher gestohlenen Auto davon.

### Schwerer Autounfall.

Lastragenanhänger mit Nationalsozialisten umgehängt. — Vier Schwerverletzte.

In der Nähe von Berlin trug sich ein schwerer Autounfall zu. Der Anhänger eines Lastragens, der mit Nationalsozialisten besetzt war, die sich vom SA-Treffen in Berlin auf dem Rückweg nach Verleberg befanden, kippte an der Kreuzung der Chauffeur-Weiden- und Preußen- und Preußen-Straße um. Alle Nationalsozialisten wurden herausgeschleudert. Vier schwerverletzte Personen wurden nach dem Krankenhaus transportiert. Zwei Leichtverletzte wurden Notverbande angelegt. Diese konnten die Fahrt wieder fortsetzen.

### Drei Kinder verbrannt.

Der Eisenbahnwagen als Armenwohnung. In Altenfein in Württemberg brach in einem als Armenwohnung aufgestellten Eisenbahnwagen, den seit Jahren der erwerbslose Hilfsarbeiter Eugen Ottmar mit seiner Familie bewohnte, auf bisher unaufgeklärte Weise Feuer aus. Die Eltern waren abwesend und hatten ihre drei Kinder im Alter von sechs, zweieinhalb und eineinhalb Jahren eingeschlossen. Das Feuer wurde von Leuten des freiwilligen Arbeitsdienstes, die in der Nähe beschäftigt waren, bemerkt. Es wurden sofort Versuche zur Rettung der Kinder unternommen. Die Rauchentwicklung war jedoch so stark, daß sich Eindringen in die Wohnabteilung unmöglich war. In wenigen Minuten brannte der Eisenbahnwagen nieder. Die drei Kinder wurden auf einem Hubschrauber, der sofort zusammengekommen war, nach drei anderen Krankenhäusern transportiert.

### 18 Tote beim Untergang eines schwedischen Motorbootes?

In Stockholm befindet man, daß achtzehn junge Leute von der Insel Gotland mit einem Motorboot untergegangen sind. Die jungen Männer hatten sich auf Meer hinausgegeben, um den Mann über eines russischen Schiffes zu besuchen, das in der Nähe von Gotland liegt. Sie sind aber bisher, 24 Stunden seit ihrer Ausfahrt, noch nicht wieder zurückgekehrt. Da starker Sturm herrscht und die jungen Leute keinen Kompass in ihrem Boot, dessen Motor überdies defekt war, mitgenommen haben, befürchtet man das Schlimmste.

### Gronau funkt mit der Heimat.

Am Sonntag hat der Weltkriegs-Volksgang von Gronau mit seinem Direktorialamt wieder direkte Verbindung mit der Heimat aufgenommen. Der Verkehr mit Gronau erlaube eine ausgezeichnete Verbindung selbst über die vielfachen Entfernungen und mit den geringen Gebühren der Postbeförderung des Motorbootes. Gronau funkt, daß er in die 100 Jahre Zanten getauert und nicht mehr Ziel Vagabund sei. Von dort aus wolle er nach Timmendorfer Strand fliegen, das er am Montag zu erreichen gedenke.

## Amtlicher Teil.

### Verordnung

über das Verbot des Ausführens von Branntwein und des Kleinhandels mit Trinkbranntwein für Sonnabend, den 5. und Sonntag, den 6. November 1932. Vom 15. Oktober 1932.

Auf Grund des § 15 des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 (Reichsgesetzblatt I S. 146) wird anlässlich der Reichstagswahl folgendes bestimmt:

§ 1. Der Verkauf von Branntwein und der Kleinhandel mit Trinkbranntwein ist am Sonnabend, dem 5. und Sonntag, den 6. November 1932 bis zur Polizeistunde verboten.

§ 2. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 29 Ziffer 8 des Gaststättengesetzes mit Geld und Gefängnis bis zu 150 RM. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 15. Oktober 1932.

### Der Preussische Minister des Innern.

Mit Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt: Bracht.

Veröffentlicht: Annaburg, den 1. November 1932.

Der Amts-Vorsteher als Drispolizeibehörde.

## Bekanntmachung.

### Wahlen zum Reichstag.

Die Gemeinde Annaburg ist in 2 Stimmbezirke eingeteilt.

Der 1. Stimmbezirk umfasst:

Aderstraße, Am Gaswerk, Baderei, Bahnhofstraße, Begetzstraße, Friedrichstraße, Feldstraße, Gärtnerstraße, Herbergsstraße, Köhnenburgstraße, Heidehof, Hofbreite, Kellerbergstraße, Köhnerstraße, Markt, Schloß, Torgauerstraße, Ummestraße, Zilldorferstraße, Familienhäuser 2 und 3. Abstimmungsraum für den Stimmbezirk 1 ist der II. Saal der Gastwirtschaft „Reintraube“ in Annaburg.

Abstimmungsleiter ist Herr Schöffe Alwin Jäger und Stellvertreter Herr Gemeindevertreter Ernst Kleinberg, beide aus Annaburg.

Der 2. Stimmbezirk umfasst:

Am Bruch, Am Neugarten, Gettrudshof, Hinterstraße, Kästlers Hofweide, Hölzerstraße, Hofstraße, Mittelstraße, Mühlentstraße, Riederstraße, Planen, Schulstraße, Schweinstraße, Talstraße, Töpferstraße, Windmühlen, Ziegenrill, Eisenbahnvorhäuser 27 und 28, Forsterei Amstetta.

Abstimmungsraum für den Stimmbezirk 2 ist der II. Saal der Gastwirtschaft „Goldener Ring“ in Annaburg.

Abstimmungsleiter ist Herr Gemeindevertreter Paul Bornemann und Stellvertreter Herr Gemeindevertreter Friedrich Grube, beide aus Annaburg.

Die Abstimmung findet statt am

Sonntag, den 6. November 1932

und dauert von 9 bis 18 Uhr.

Die Stimmzettel sind amtlich hergestellt, sie enthalten alle zugelassenen Kreiswahlvorschläge, die Partei und die Namen der ersten 4 Bewerber jedes Vorschlags.

Der Stimmbezirk — das sind alle Personen, die Reichsangehörige, am Abstimmungsstage 20 Jahre alt und in die Stimmliste eingetragen sind oder einen Stimmzettel besitzen — hat bei der Stimmabgabe durch ein Kreuz oder Unterzeichnen oder in sonst erkennbarer Weise den Kreiswahlvorschlag zu bezeichnen, dem er seine Stimme geben will. Stimmzettel, die diesen Bestimmungen nicht entsprechen, sind ungültig. Die Stimmzettel werden am Abstimmungsstage dem Stimmberechtigten im Abstimmungsraum ausgehändigt.

Annaburg, den 31. Oktober 1932.

Der Gemeindevorstand.

## Voltales und Provinzielles.

— Zum Regierungspräsidenten in Merseburg wurde der Ministerialrat im Ministerium für Handel und Gewerbe, Dr. Sommer, endgültig ernannt.

In der Nummerbezeichnung der Wahlvorschlüge im Wahlkreis 1 ist infolgedessen eine Veränderung eingetreten, als die Deutsche Volkspartei nicht die Nummer 6, wie in voriger Nummer angegeben wurde, sondern die Nummer 7 führt. Das Wahlsystem muß daher an dieser Stelle lauten: 5. Deutschnationale Volkspartei, 6a. Radikaler Mittelstand, 7. Deutsche Volkspartei, 8. Sozialistische Partei.

Annaburg. Mit dem heutigen Tage ist die durch den Tod des Polizeihauptwachmeisters Henkel freigewordene Stelle in der hiesigen Gemeinde wieder neu besetzt worden. Die Stellung wurde dem Polizeihauptwachmeister Barth übergeben.

Annaburg. Am morgigen Mittwoch findet in einer öffentlichen Wahlversammlung der NSDAP im „Goldenen Ring“ P. Czarnowski-Halle. Der Redner dürfte der hiesigen Einwohnerliste kein Unbekannter mehr sein, da er in der ersten Versammlung, die die NSDAP hier veranstaltete hat, bereits schon einmal gesprochen hat. (Näheres siehe Sonnet.)

Annaburg. Vom deutschen Männergesang. Der Bezirk 12 (Torgau) im Leipziger Gauverband hielt am Sonntag eine sehr gut besuchte Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes ab. Anwesend waren fast alle Vorsitzende und Liedleiter der angeschlossenen Vereine. Die Abrechnung über das 8. Bezirksjahresfest in Dornitz zeigte eine geringfügige Mindereinnahme, verursacht durch das schlechte Wetter am Festtage. Das 9. Bezirksfest wurde auf den 20. und 21. Mai 1933 in Bad Schmiedeberg festgesetzt und wird aus Sängerlag und Sommer am 20. und Kirchenkonzert, Festzug und Festkonzert im Rathaus am 21. bestehen. Mit großer Mehrheit wurde die Aufnahme gemäßigter Chöre beschlossen. Als neue Mitglieder wurden die M. G. V. Staupitz und Hohenberg aufgenommen.

Torgau. (Zu dem Vaterland in Torgau.) Die Obdultion der Leiche des ermordeten Fleischermeisters M. hat einwandfrei ergeben, daß der Tod durch den mit einem Stock ausgeführten Schlag eingetreten ist.

Torgau. (Weibe einer Kirche.) Am gestrigen Reformationsstage fand die feierliche Einweihung der Luthergedächtniskirche im Schloß Gartenfels statt. Die daran Teilnehmenden verammelten sich vormittags 10 Uhr in der Stadtkirche und zogen von hier aus in geschlossenem Zuge vor das Portal der Schloßkirche. Aus dem Schloßhof erklangen die Weilen eines von der Reichsmusiktruppe gespielten Choralen. Vor dem Portal der Schloßkirche erfolgte dann der feierliche Akt der Schlüsselübergabe. Unter den Orgelknäulen zog die Festgemeinde dann in das neu hergerichtete Gotteshaus ein. Mit der Weibehaupt von Johann Walter, komponiert für die Einweihung der Schloßkirche 1544, Teil 1 und 5, vorgetragen von dem Stadtkantor der Marienkirche unter Leitung von Studententrat Wähgung, wurde die Einweihungsfeier eingeleitet. Nach dem Eingangspsalm, Gebet und der Schriftlesung hielt Generaluperintendent Schumann die Weibepredigt, der er den Text aus dem 2. Brief des Paulus an die Korinther, 9. Kapitel 15. Vers. „Gott aber sei Dank für seine unaussprechliche Gnade“ unterlegte. Generaluperintendent Schumann sprach anschließend das Weibebet und den Weibepsalm. Das Grußwort der Provinzialsynode überbrachte Konfessionarial Professor Dr. Dr. Eger-Halle. Die Festpredigt hielt von der Lutherkanzel

herab der Vizepräsident des Coevangelischen Oberkirchenrates, D. Burghardt. Mit einer kurzen liturgischen Anrede und dem Lied „Herr Gott, dich loben wir“, wurde die Einweihung beendet.

Wittenberg, 28. Oktober. Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts Torgau wurden in Wittenberg die Vorgänge verhandelt, die sich am 3. Juli 1932 anlässlich der Rückkehr von Nationalsozialisten von einer Tagung in Dessau in Wittenberg abspielten. Angeklagt waren 5 Arbeiter aus Wittenberg, Kleinwittenberg und Wietitz, die beschuldigt waren, an einer öffentlichen Zusammenkunft in Wietitz teilgenommen zu haben, bei der Reden in der Anschuldigung ihres Amtes widerhandelt worden. Ferner wurde an einem durchlaufenden Annaburger Polizeioffizier die Scheibe durch einen Steinwurf zertrümmert. Der Anführer soll dabei der Arbeiter Friede, Kampf aus Wittenberg gewesen sein. Nach längerer Verhandlung, in der etwa 17 Zeugen vernommen wurden, fällt das Gericht folgendes Urteil: Der Angeklagte Kampf wird wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und wegen Vergehen gegen § 115 Abs. 1 RStGB. — Aufzucht — zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und einer Woche Gefängnis verurteilt; die übrigen Angeklagten werden wegen Vergehen nach § 115 Abs. 1 RStGB. — Aufzucht — verurteilt und zwar: Paul Raufoss zu acht Monaten Gefängnis, Rich. Raufoss und Weitzwig zu je 6 Monaten Gefängnis, Thob zu 7 Monaten Gefängnis. Die Angeklagten tragen die Kosten des Verfahrens.

Jahna, 29. Oktober. (Schlimm!) Gestern vormittag wurde zwischen den Eisenbahndiensten unweit der früher Goerremanndienst Fabrik die völlig zerstörte Leiche eines jungen Mannes aufgefunden. Die Feststellung der Personalien ergab, daß der Tote der 23jährige Kantongestellte Ernst Tuschmann aus Dresden war, der bei der hiesigen Zweigniederlassung der Allgemeinen Kreditbank beschäftigt war. Es liegt offenbar Selbstmord vor, über dessen Beweggründe noch nichts bekannt ist.

Elbenburg. (Eine lustige Verwechslung.) Hier fanden Wahlversammlungen der Deutschnationalen und der Demokraten statt. Beide Parteien hatten ihre Redner von auswärts bestellt. Der Vereinsvorsitzende der DNVP hatte sich im Kraftwagen zum Bahnhof begeben, um seinen Redner namens Schulze, den er aber nicht konnte, abzuholen. Am Bahnhof stand bereits der demokratische Redner, der darauf wartete, von dem hiesigen Vorsitzenden der Demokraten, der gleichfalls den Namen Schulze hatte, abgeholt zu werden. Der deutschnationale Vorsitzende hielt den demokratischen Redner für seinen Parteifreund, schritt auf ihn zu und fragte: „Herr Schulze?“ Der Angeredete, der das Wort Schulze hörte, glaubte, daß der andere sich vorge stellt habe, brühte ihm erfreut die Hand. Beide begaben sich zum Kraftwagen und führten zur deutschnationalen Verammlung. Schon unterwegs ergab sich, daß die politischen Ansichten beider Herren trotz „gemeinsamer Parteizugehörigkeit“ recht unterschiedlich waren und man sich gegenseitig groß an. Aber erst im Versammlungslokal stellte sich heraus, daß der Vorsitzende den falschen Redner erwählt hatte. Man war großzügig genug, sich beiderseits mit Humor in die Lage zu finden. Der Deutschnationale lud seinen Demokrat wieder auf das Auto und brachte ihn zum demokratischen Versammlungslokal. Dann holte er seinen eigenen Redner zum Bahnhof, der dort geduldig gewartet hatte.

Wittenberg. (Zwei tödliche Unglücksfälle.) Gestern Abend gegen 11 Uhr verunglückte der in den 40er Jahren stehende Reichsbahnassistent Jahre aus hiesigen Bahnhof tödlich. Als er im Begriff stand, den Zug nach Halle zu besteigen, muß er festgetreten sein und kam unter die Räder, wobei ihm beide Oberextremitäten abgefahren wurden. Er starb an diesen schweren Verletzungen bald. — Der zweite tödliche Unglücksfall betraf einen Dachbedeckelnde bei einer hiesigen Firma. Der junge Mann war mit Dachreparaturen beschäftigt und kam dabei mit der Starckförmelung in Verbindung. Stundenlange Weiberlebensverurteilung wurde verhängt.

\* Der Bund Königin Luise hatte über 1000 Teilnehmerinnen zu einer Tagung nach Halle zusammengeführt. Gottes Will', unser Ziel, unter diesem Leitpruch fand die Tagung. Der Bundesanstler Major Wagener überbrachte die Grüße des Stahlhelms. Varrar Gasse-Halle sprach ebenso wie Dr. Scharte über je eine der Gastesströmungen, die schadenbringend hindurchziehen durch das aufgewühlte Leben deutscher Völkerei. „Wenn der Mann das Briefertum freiließ, darf die Arbeit der Frau danebenstehen“, mit diesen Worten ehete Schriftsteller Hans Schwarz die Arbeit des Bundes Königin Luise, seinen Kampf um die Bildung der Volksgemeinschaft, die in den Worten sich erfüllt: „Alle sind für einen und einer ist für alle schuldig.“ Von Serzen fommend, rührten die schönsten Worte einer Landesfürstlerin mit dem Thema „Mutter und Volkstum zugleich“ die Anwesenden und dann gab August Winnig in seinem Vortrag „Die Stellung des Arbeiters in der deutschen Volksgeschichte“ einen Einblick in das Werden und Schernewort deutscher Volksgeschichte. Warme Worte der Verbundenheit waren der Abschiedsgruß der Bundesfürstlerin an ihre Zuhörerinnen.

**Weißer Zähne: Chlorodont**  
die Zahnpaste die von mehr als 6 Millionen Menschen — allein in Deutschland — täglich gebraucht wird. Vorzüglich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch, von höchster Qualität. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Weissen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

Wart-Balender.  
2. Noobr.: Schweinen. in Brettin, Schweinen. in Schenewalde, Schweinen. und Fleischmarkt in Herzberg.  
4. Noobr.: Schweinen. in Holzdorf.  
5. Noobr.: Pferden. in Jellen.

# ☘ Czarnowski kommt! ☘

und spricht am **Mittwoch**, dem **2. November 1932**, 20 Uhr, im „**Goldenen Ring**“ über das Thema:  
**Wem folgt das Volk, dem Herrenklub, den Arbeitverrättern oder der deutschen Freiheitsbewegung?**  
 Unkostenbeitrag 10 Pf. Erwerbslose und Rentner frei!  
**N. S. D. A. P., Ortsgruppe Annaburg.**

Für die vielen Aufmerksamkeiten und Geschenke zu unserer Vermählung danken wir auch im Namen unserer Eltern herzlichst  
**Erich Busch und Frau**  
 Hedwig geb. Hanisch  
 Col. Naundorf, den 29. Oktober 1932.

**Mittwoch früh empfehlen wir:**  
**frisch. Schellfisch**  
**und Rabliau**  
 Billigst!  
**Thams & Garfs Niederlage**  
 S. Wollschläger, Torgauer Straße 21.

**Polizeiliche An- und Abmeldeschreine**  
 und vorrätig in der Buchdruckerei S. Steinbeiß.

**Für Damen und Kinder!**  
 Schlüpfer, Prinzgrüde, mit angerautem Futter Herren-, Damen- und Kinder-Henden, sowie sämtl. Normal-Unterzeuge  
 Barhant-Verlaken u. Schlafdecken Herren-, Damen- und Kinder-Sportwecken  
 Knaben-Strickanzüge  
 Ferner meine bekannten **B. S. B.-Damenstrümpfe**  
**Seb. Schimmeyer.**

**Hand-Weiterwagen**  
 in allen Größen zu haben bei  
**J. G. Fritzsche, Herm. Steinbeiß, Buchhandlung.**

## Dreitum-Mäntel



Velour- u. Woll- jugendlich-sportliche Form mit Lamm-Bubikragen  
 Mod. fließgeschnit- tener Mantel aus Diagonal-Bauclé, m. Bleuté-Krawatte  
 Jugendl. Mantel, reinw. Bauclé-Diagonal, m. echt. Halb-persianer-Krawatte  
**18.- 28.- 38.-**  
**ALLEIN-VERKAUF:**  
**Carl Quehl**

1933  
**Torgauer Kreis-Kalender**  
**Köhler's Deutscher Kalender**  
**Köhler's Flotten-Kalender**  
 sind erschienen und zu beziehen durch  
**Herm. Steinbeiß, Buchhandlung.**

**Damen-Chor**  
 Mittwoch 8 Uhr  
**Männer-Chor**  
 um 8.30 Uhr  
**Gesangstunde.**  
 Pünktlich und vollzählig erscheinen.

Das große  
**3500**  
 Mark  
**Preisaußschreiben**  
 um die **NAUMANN-NÄHMASCHINE**  
 Aufgepasst! Auch Sie können eine dieser wundervollen Naumann-Nähmaschinen gewinnen. Beteiligen Sie sich an dem lustigen Naumann-Preisaußschreiben! Bedingungen erhalten Sie kostenlos bei:  
  
**Hermann Meyer sen.**

**Sonder-Angebot!**  
 Einen großen Kegel  
**reine Kernseife**  
 und 3 Stück Badeseife **95 Pf.**  
 zusammen nur  
**Drogerie und Photohaus**  
**O. Schwarze, Annaburg.**

Am Donnerstag von 7 Uhr ab  
**frische Seefische**  
 in stammer Eispackung:  
**Rabliau, Dstl. Goldbarsch Fischfilet o. Gläten** } zu den billigsten Tagespreisen  
**J. G. Fritzsche.**

**Fensterglaspapier** empfiehlt **Herm. Steinbeiß.**



**Für 27.-Mk.**  
 den eleganten  
**Herren-Mantel**  
 tadellos in der Verarbeitung, gediegen und mollig in Stoff und — den Zeiten entsprechend — **preiswerter denn je!**  
**Herren-Sacco-Anzüge**  
 von 18.— Mk. an  
 Die elegante  
**Damen-Garderobe**  
 zu bekannt billig. Preisen  
**Ernst Peschke**  
**Ackerstraße 16**  
**Das Haus der guten Qualitäten!**

**Garantie**  
 für Bedienung mit feinsten Tabakerzeugnissen kann Ihnen nur der **Fahmann** bieten. In meinem **Cigarren-Spezialgeschäft** werden Ihnen nur gepriesene erstklassige Fabrikate geboten. Hier erhalten Sie höchsten Gegenwert für Ihr Geld. Größte Auswahl auch in **Cigaretten, Tabaken und Pfeifen** hält stets das **zuverlässige Fachgeschäft**  
**Louis Hofmann.**

Erwarte **Mittwoch** früh:  
**schellfisch, Goldbarsch, Fischfilet**  
 in dicker Eispackung u. zum billigsten Tagespreis  
**J. Kästlig's Nachf.**  
 Inhob.: **Martha Müller**  
**Officiere in bekannt guter Qualität:**  
 Schrankspredapparate  
 Kofferpredapparate  
 Kinderpredapparate  
 Schallböden  
 Geigen und Mandolinen  
 Plekharmonikas  
 Flöten  
 Rundharmonikas  
 Klappen und Säfte  
 Geigenbogen  
 Mandolinblätterchen  
 und Saiten  
 Violin-Silber- und Darm-Saiten  
 30 30 (Kleckerkreisel) 10 Pf.  
**Marta Stein.**

**Frauen-Verein**  
 Donnerstag d. 3. Novbr. abends 8 Uhr im Siegeskrans (Vindro).  
**Eine Drei- oder Vier-Zimmer-Wohnung**  
 zum 1. Dezember oder später zu vermieten.  
**Winkler, Torgauer Str. 21**  
 Heute, Dienstag, und morgen, Mittwoch, steht auf dem Kleinbahnhof eine **Leidung**  
**prima Nessel**  
 sehr billig zum Verkauf.  
**Luschmann.**  
**Eine Kuh mit Kalb**  
 steht zum Verkauf  
**Mühlenstr. 31.**

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg



Die Industrie zum Wirtschaftsprogramm.

Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hielt unter Vorsitz von Dr. Krupp von Bohlen und Halbach eine Sitzung ab.

Oppositionsvorstoß auf der Beamtenbundtagung.

Auf der Berliner Bundestagung des Deutschen Beamtenbundes fand eine mehrstündige Aussprache statt.

Einheitlichen Gesichtspunkten ausgehende Rechtsgrundlage für alle Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden.

Lebensfragen der Landwirtschaft.

Eine Rede Eugenbergs in Weimar.

Der deutschnationale Parteiführer Dr. Eugenberg sprach in Weimar in einer Wahlkundgebung über Landwirtschaftsfragen.

Die Beschlässe des Deutschen Beamtenbundes.

Unabhängige parteipolitische Neutralität.

Der Bundesrat des Deutschen Beamtenbundes nahm am letzten Verbandstages die Bestimmungen über die jährlich vorliegenden Anträge vor.

Wachsende Beitragseinnahmen bei den Sozialversicherungsanstalten.

Die Beitragseinnahmen der Invalidenversicherung sind nach den vorläufigen Feststellungen von etwa 51,3 Millionen auf 52,2 Millionen Markt im August und auf 55,1 Millionen Markt im September gestiegen.

Burgfriede zwischen NSDAP, DNVP, und Stahlhelm in Hamburg.

In einer Zusammenkunft der Hamburger Führer der NSDAP, der DNVP, und des Stahlhelm wurde ein Burgfriede beschlossen.

Flügelwieder Vorstöße der Deutschen Beamtenbundes

Am Schluß seiner Verhandlungen nahm der achte ordentliche Bundesstag des Deutschen Beamtenbundes die Wahl des Bundesvorsitzenden vor.

Wir deutschnationale haben schon einmal bewiesen, daß wir dafür in allen unseren Schichten, ländlichen und städtischen, volles Verständnis haben.

Wir betrachten die Preisfrage für das Getreide als einen Faktor, der den Lebensstandard des Volkes bestimmt.

Der Bericht, daß Oberpräsident von Sülzen für die Verwirklichung des Verwirklichungsplans im Interesse der Bevölkerung, wird ausdrücklich als falsch erklärt.

Die Schuld der Susanne Mariski

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwangen, Halle (Saale)

„Wie schön, wir märchenhaft schön ist diese Nacht!“ sagte Peter endlich.

„Peter, du sollst nicht so sprechen — hörst du? Ich bin keine Elfe, ich bin ein Mensch von Fleisch und Blut.“

„Das weiß ich, Kind. Deshalb ist es auch über mich gekommen, deshalb bin ich von meiner Arbeit aufgefunden.“

„Aber — ich muß es gestehen — ich hatte plötzlich so ein Angstgefühl, so große Sorge um dich, daß es mich zu dir trieb.“

„Sie war ans Fenster getreten; das Mondlicht fiel auf ihre Gestalt, auf die Fülle der dunkelsten schwarzen Haare.“

„Nimm zu mir, Peter, hierher ans Fenster! Ich muß dich sehen können, dein liebes Gesicht — oh, du...“

das, was sie da trieb, nicht Frevler? Wäre es nicht das Beste, wenn sie jetzt Peter alles beichtete?

„So schnell, wie der Gedanke aufgetaucht war, verschwand er wieder.“

„Ich liebe dich, Peter, wie nur je ein Weib zu lieben vermag.“

„Du mußt mir das glauben...“

„Du weißt es, liebste, und ich bin so glücklich darüber.“

„Aber jetzt fort mit den trüben Gedanken! Noch leben wir, noch sind wir glücklich...“

„Die Nacht verging. Im Osten rötete sich der Himmel.“

„Sie ärgerte! Ich muß pöbelig fort, nach Haltenberg.“

„Nein, nein, Peter, ich glaube, ich bleibe lieber zu Hause.“

„Du weißt, Kind, wie froh ich bin, wenn ich dich nur habe.“

„Aber ich verspreche dir, Kind, mich mit meiner Vormittagsarbeit möglichst zu beeilen.“

„Das entsetzt mich, ein feiner Arbeit nachzugehen.“

„Die Sonne blieb mit bestimmtem Herzen zurück.“

„Das Ehepaar hand auf, seinem Gast entgegenzugehen.“

„Ich muß heute nachmittag in unaussprechbaren Geschichten nach Haltenberg.“

„Oh, da brauchen Sie doch nicht zu fragen, Herr Heiden.“



# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.  
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.  
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zornauerstr. 3, entgegen.  
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.  
Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Maßgebende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Zeit 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einsch. Umkleheuer, Schmierer und tabellarischer Satz mit Aufschlag.  
Anzeigen-Nachnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.  
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburg/Bez. Halle.

Nr. 131.

Dienstag, den 1. November 1932.

35. Jahrg.

## Der Empfang bei Hindenburg.

Nach seiner Einigung Reich-Preußen.  
Reichspräsident von Hindenburg hat am Sonnabend in Gegenwart des Reichkanzlers von Papen den preussischen Ministerpräsidenten Braun empfangen. Der Empfang dauerte etwa eine Stunde. Amtlich wird über folgende Mitteilung ausgegeben:

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Sonnabend Reichkanzler von Papen und den preussischen Ministerpräsidenten Braun. Die Besprechung wurde durch das Urteil des Staatsgerichtshofes gestiftet. Der Reichspräsident führte einleitend aus, daß der Streit zwischen Reich und Preußen über die Bestimmung vom 20. Juli durch das Urteil des Staatsgerichtshofes erledigt sei und daß er und die Reichsregierung sich in jeder Beziehung auf den Boden des Urteils stellen. Es müsse beiderseits der letzte Versuch gemacht werden, eine praktische Zusammenarbeit zu ermöglichen, die einerseits die dem preussischen Staatsministerium zuerkannten Rechte berücksichtige, andererseits die Befugnisse des Reichsministeriums und die Notwendigkeit einer einheitlichen Reichspolitik wahren.

Ministerpräsident Braun erwiderte, daß das preussische Kabinett sich selbstverständlich ebenfalls auf den Boden des Urteils stelle. Er gab daraufhin eine Darlegung seiner Auffassung von den Folgerungen, die aus dem Urteil zu ziehen seien. Das Staatsministerium müsse in die ihm zuerkannten Rechte wieder eingeleitet werden. Die Befugnisse des Reichsministeriums sollten, wenn sie überhaupt noch nötig wären, auf solche Maßnahmen beschränkt werden, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung notwendig seien. Mit den personellen Veränderungen solle aufgehört werden. Über die Vereinfachung und Zusammenfassung der Verwaltungen im Reich und in Preußen könnten alsdann Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der preussischen Regierung stattfinden.

Reichkanzler von Papen erklärte zunächst, daß die Reichsregierung die persönliche Verantwortung des preussischen Ministerpräsidenten Braun für die Angelegenheit nie angezweifelt habe, und daß nur staatspolitische Erwägungen zu ihren Maßnahmen geführt hätten. Er legte dann seine Auffassung der Lage dar und betonte, daß der Reichsminister sich nicht darauf beschränken könne, nur für den Schutz von Ruhe und Ordnung zu sorgen, sondern weiterhin die gesamte Exekution einschließlich in der Hand behalten müsse. Daraus ergabe sich ohne weiteres die Verpflichtung, die als notwendig erkannte Reform der preussischen Verwaltung durchzuführen und damit eine spätere endgültige Regelung dieser Frage durch die gesetzgebenden Körperschaften vorzubereiten. Personelle Veränderungen seien nur aus sachlichen Gründen vorgenommen worden. Der Reichsminister werde der preussischen Staatsregierung die Möglichkeit geben, die ihr zuerkannten Rechte auszuüben, Eingriffe in die Amtsbefugnisse des Reichsministeriums aber nicht dulden.

Der preussische Ministerpräsident betonte, daß er demgegenüber auf seinem eingangs dargelegten Standpunkt verbleibe und insbesondere der Durchführung der Verwaltungsreform ohne Verhandlung mit der preussischen Staatsregierung überbreite. Eine Einigung hierüber wurde nicht erzielt.

Im Laufe der Besprechung hob der Reichspräsident hervor, daß es zur Wiederherstellung gesetzmäßiger Verhältnisse weiterhin notwendig sei, die staatlichen Machtmittel Preußens und des Reiches in einer Hand zu behalten und die Politik Preußens und des Reiches in einheitlicher Bahn zu führen.

Zum Schluß gab er der Hoffnung Ausdruck, daß über die Ausübung der Rechte, die der preussischen Staatsregierung nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zustünden, eine Verständigung erzielt werden müsse. Es wurde vereinbart, daß hierüber weitere Verhandlungen zwischen der preussischen Staatsregierung und dem Reichsminister aufrechterhalten werden sollen.

## Bayern an den Reichspräsidenten.

Zur Neuaufstellung Preußens.  
Amtlich wird mitgeteilt: Dem Reichspräsidenten von Hindenburg wird folgender Beschluß des bayerischen Gesamtministeriums zur Kenntnis geleitet:  
Der Ministerrat hat sich soden auf Grund der ihm zugegangenen Mitteilungen mit den Wünschen der Reichsregierung wegen der Neuaufstellung Preußens

## Entscheidungen von größter Tragweite

# Die Ministerien Preußens in Händen des Reiches

In Verfolg der vom Reichsminister für Preußen in Angriff genommenen Verwaltungsreform sind jetzt die erwarteten Ernennungen von neuen Reichsministern für Preußen amtlich bekanntgegeben worden.  
Reichkanzler von Papen hat danach in seiner Eigenschaft als Reichsminister für Preußen ernannt: zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums den Staatssekretär a. D. Professor Dr. Popitz;  
für den Geschäftsbereich des Landwirtschaftsministeriums den Reichsminister für Ernährung, Freiherrn von Braun;  
für den Geschäftsbereich des Kultusministeriums Universitätsprofessor Dr. Schäfer aus Greifswald.

In der kommissarischen Leitung der übrigen preussischen Ministerien tritt keine Veränderung ein. Es bleiben also: Dr. Bracht für Inneres, Staatssekretär Dr. Höfcher für Justiz und Staatssekretär Dr. Ernst für Handel (das Ministerium heißt jetzt „für Wirtschaft und Arbeit“).  
Gleichzeitig hat der Reichspräsident den Reichsminister Dr. Bracht und Staatssekretär Popitz für die Dauer ihrer Vertretung mit den Aufgaben in Preußen zu Reichsministern ohne Parteizugehörigkeit ernannt.  
Die Regierung Braun-Gebering tritt am Dienstag zusammen, um zu diesen Ernennungen Stellung zu nehmen.

### Reichsrat vom 10. November einberufen.

Der Reichsrat ist nunmehr zum 10. November einberufen worden. Es ist anzunehmen, daß in dieser Sitzung auch die Frage der Hoheitsrechte des preussischen Staatsministeriums Braun gefaßt werden soll.  
Die Einberufung des Reichsrats ist von Reichsinnenminister vorgenommen worden. Die Einladungen sind

bereits in den Händen der Reichsratsbevollmächtigten. Auf der Tagesordnung steht eine Reihe laufender Fragen. Wichtige politische Fragen sind auf ihr nicht entfallen.  
Der nun erfolgten Einberufung des Reichsrats werden die Arbeiten der Reichsratsausschüsse in der nächsten Woche wieder aufgenommen werden. Anfang der Woche werden bereits die Mundfunkrichtlinien in den Ausschüssen erörtert werden.

Anträge auf eine frühere Einberufung des Reichsrats liegen zur Zeit nicht vor. Sollten in der kommenden Reichsratsitzung Auskünfte über politische Dinge verlangt werden, so werden diese Fragen, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, vom Reichsinnenminister selbstverständlich beantwortet werden.

### Kein Disziplinarverfahren gegen Dr. Weismann.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, sind die in der Öffentlichkeit gegen den Staatssekretär Dr. Weismann erneut erhobenen Vorwürfe auf Anweisung der kommissarischen Staatsregierung durch einen Staatspräsidenten des Kammergerichts in der Richtung nachgeprüft worden, ob Möglichkeit und Anlaß zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens vorläge. Diese Nachprüfung hat ergeben, daß ein Disziplinarverfahren jedesfalls deswegen nicht eingeleitet werden kann, weil sämtliche Vorwürfe sich auf Vorgänge beziehen, die in rechtsverjährter Zeit liegen.

### Bracht und Popitz vereidigt.

Der Reichspräsident hat die durch das Reichsministergesetz vorgeschriebene Vereidigung der neuernannten Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Dr. Jürgens, e. h. Bracht und Dr. Popitz, vorgenommen.

besteht. Nach seiner Überzeugung enthalten schwere Eingriffe in die verfassungsmäßigen Beziehungen der Länder gegenüber dem Reiche zu sein. Das Vorgehen der Reichsregierung ist schwere Enttäuschung für alle, die in auf die Erklärungen der Reichsregierung das haben, daß eine Reichsreform nur auf gesetzlicher und nur nach Verhandlungen mit den Ländern werde. Der Ministerpräsident hat daher den Reichspräsidenten, seine Entscheidung zu treffen, bei den übrigen Ländern verhandelt worden ist.

### Die Antwort Hindenburgs an Bayern.

Auf das Telegramm der bayerischen Regierung an den Reichspräsidenten hat der Reichspräsident dem Reichkanzler Mitteilung gemacht, daß er von falschen Voraussetzungen aus geplanten Maßnahmen der Reichsregierung durchaus in der Ausführung, die durch das Staatsgerichtshofes dem Reichsminister worden sind.

### Die „Zusatzstimmen“ der Wahl.

Keine Entschädigung der Arbeitslosen.  
Hinsichtlich der Zusatzstimmen, die in dem Wahlrecht dieser Tage in Bayern die Wahlreform angeht, ist für diejenigen gedacht, der für die Familie zu sorgen hat. Das ist im allgemeinen der Mann. Wenn der Mann tot ist, geht diese Zusatzstimme ohne weiteres auf die Frau über. Unter Familie wird im Zusammenhang hiermit Mann und Frau und mindestens ein Kind verstanden. Wenn die Kinder heranwachsen und Selbstversorger werden, wird trotzdem die Stimme nicht entzogen werden.



Stärkesteilnehmern — bekanntlich ebenfalls eine Zurechtweisung. Es wird nicht, daß der Reichspräsident beauftragt werden soll. Ein Kriegskriegs Familienvater ist, soll zuweilen

### Spott Arbeit schafft.

Erzeugung der Aufträge.  
Die Reichsregierung hat die Reichsregierung kommissarisch beauftragt werden. Sie können sich so kurz vor wichtigen Entscheidungen nicht entscheiden. Die Verengung führt mit dem Ziel, eine Million Mark zu bekommen. Aufhebung der Reichsregierung für aller Summe Aufträge an Unternehmen herausgegeben. Zur vorübergehenden Teilherausgabe hat die Reichsregierung ergriffen. Davon ist die Reichsregierung durch die Reichsregierung im Gegenwert der Jahreszeiten liegt. Eine endgültige Entscheidung ist erst möglich entschieden sein wird.

### Trendelenburg Untergeneralsekretär des Völkerbundes.

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Dr. Trendelenburg, hat, wie amtlich aus Genf gemeldet wird, den Staatssekretär a. D. Dr. Trendelenburg zum deutschen Untergeneralsekretär des Völkerbundes ernannt. Dem neuen deutschen Untergeneralsekretär, der seinen Posten bereits in nächster Zeit antreten soll, ist die Oberleitung über die Finanz- und Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes übertragen worden.

